



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 20. Dezember 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit Montag ist es amtlich: Die Regierung von Olaf Scholz ist durch die verlorene Vertrauensabstimmung endgültig gescheitert. Die Debatte hat sodann den Ton für die verbleibenden Wochen bis zum Neuwahltermin am 23.02.2025 gesetzt: Es wird eine harte Auseinandersetzung und es ist zu befürchten, dass insbesondere der noch amtierende Bundeskanzler seinen Stil der persönlichen Attacken und Herabsetzungen fortsetzen wird. Indem er sich einerseits anmaßt, über „fehlende sittliche Reife“ anderer zu urteilen, andererseits durch alberne Namensbezeichnungen provoziert, beschädigt er munter weiter die politische Debatte im Land und obstruiert sogleich seinen eigenen als „Respektwahlkampf“ aufgerufene Kampagne. Die Situation zeigt einige kommunikative Auffälligkeiten mit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 auf. Damals konnte man einen Bundeskanzler Schröder erleben, der im Angesicht seiner drohenden Niederlage immer arroganter auftrat. Legendär bleiben bis heute seine Entgleisungen in der s.g. „Elefantenrunde“, als sich das Ende seiner Kanzlerschaft angesichts der Hochrechnungen nach Schließung der Wahllokale

abzeichnete. Je näher das Ende, desto größer die Arroganz. Ein entscheidender Unterschied bleibt jedoch. Mit der Agenda 2010 hat Gerhard Schröder dem Land einen wirtschaftspolitischen Nachlass beschert, der zweifellos den Grundstein für einen lange anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und mehr Arbeitsplätzen gelegt hat. Olaf Scholz wird indes ein Land hinterlassen, dass nach allen ökonomischen Indikatoren in seiner Regierungszeit schlechter dasteht: Zwei Jahre Rezession und eine voraussichtliche Stagnation im Jahr 2025. Im internationalen Vergleich ist Deutschland das Schlusslicht unter den G7-Staaten. Zudem kommt: Stellenabbau, steigende Arbeitslosigkeitszahlen und mangelnde Arbeitsanreize durch das Bürgergeld. Ich wünsche mir für das Land, dass es nach einem von Ernst und Ehrlichkeit getragenen Wahlkampf zu einem Regierungs- und Richtungswechsel kommt. Aber zuvor wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Weihnachtsfest und eine insofern vom Wahlkampf unbehelligte Zeit im Kreise Ihrer Liebsten. Im neuen Jahr werden wir uns dann in aller Frische wieder sehen und hören.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Resilienz des Bundesverfassungsgerichts
- Leitantrag: Soziale Marktwirtschaft statt grüner Planwirtschaft
- Leitantrag: Sicherheit vor Ort, im Alltag und in der Nachbarschaft
- Gute Nachricht der Woche: Schöne Weihnachtsmärkte vor Ort!

Resilienz des Bundesverfassungsgerichts.

In dieser Woche haben wir die Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichts beschlossen gemeinsam mit den anderen staatstragenden Fraktionen der demokratischen Mitte, also SPD, Grünen und FDP beschlossen. Mit dieser Änderung des Grundgesetzes werden wir bestimmte Strukturprinzipien des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz festschreiben. Dies betrifft im Einzelnen: Den Status des BVerfG als Verfassungsorgan; den Schutz der Grundstruktur des Gerichts, also die Gliederung in zwei Senate und die Zahl der Richter (8 pro Senat); die Amtszeit (12 Jahre) und die Altersgrenze (68 Jahre) der Bundesverfassungsrichter, sowie den Ausschluss der Wiederwahl von Bundesverfassungsrichtern, sowie die Fortführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit bis zur Wahl eines Nachfolgers. Darüber hinaus schreiben wir die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts im Grundgesetz fest.

Dabei stellen wir auch klar, dass der Gesetzgeber nicht daran gehindert ist, ein vom BVerfG für nichtig erklärtes Gesetz erneut – in verfassungsgemäßer Form – in Kraft zu setzen. Überdies schreiben wir die Geschäftsordnungsautonomie des Gerichts fest – so wie andere Verfassungsorgane auch, gibt das BVerfG sich eine Geschäftsordnung. Zur krisenfesten Gestaltung der Richterwahl nehmen wir eine Öffnungsklausel in Grundgesetz auf. Damit wird der Gesetzgeber ermächtigt, das Recht zur Wahl von Verfassungsrichtern vom

Bundestag auf den Bundesrat und umgekehrt übergehen zu lassen, wenn in einem der beiden Wahlorgane eine Sperrminorität von mehr als einem Drittel besteht, welche die Wahl von Verfassungsrichtern tatsächlich blockiert. Eine entsprechende einfachgesetzliche Regelung wird in § 7a BVerfGG eingefügt.

Standpunkt: *Wenn es um die Grundlagen der Staatsorganisation unseres demokratischen Verfassungsstaates geht, halte ich es für richtig, dass sich die Parteien der demokratischen Mitte verständigen und eine gemeinsame Entscheidung treffen.* Unserer Fraktion war wichtig, dass wir die Resilienz des Verfassungsgerichts stärken, dessen Status und Befugnisse aber unangetastet lassen. Dem wird der mit den Ampel-Fraktionen gefundene Kompromiss gerecht. Es werden lediglich Regelungen, die aktuell im einfachgesetzlich im BVerfGG normiert sind, verfassungsrechtlich gesichert. Inhaltlich ändert sich nichts, aber die Vorgaben sind zukünftig nur noch mittels verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat änderbar. •

Soziale Marktwirtschaft statt Grüner Planwirtschaft

Angesichts der Vielzahl der mittlerweile angehäuften Baustellen in den vergangenen drei Jahren konnte die Regierung Scholz weder auf eine realistische Lageeinschätzung noch auf wirksame Maßnahmen einigen. Zusätzlich zu den in meiner Einleitung beschriebenen Gesichtspunkten zur

ökonomischen Lage in Deutschland tritt: Statt Reformen entschied sich die Ampel inmitten der größten Energiekrise der Nachkriegszeit gegen eine Weiternutzung der Kernkraftwerke und sorgte mit ihrer Energiepolitik für hohe Strompreise. Das „Bürgergeld“ setzt keine Arbeitsanreize und belastet den Bundeshaushalt. Das Heizungsgesetz verunsichert Bürger und Gewerbe. Die Bürokratie hat immens zugenommen: Laut Normenkontrollrat ist der laufende Erfüllungsaufwand seit 2021 von ca. 11 auf 27 Mrd. Euro gestiegen.

Standpunkt:

Statt einer „transformativen Angebotspolitik“ für einige Wenige setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik für Alle. Anstatt Subventionen für einzelne Bereiche brauchen wir Steuersenkungen und Entlastungen für die gesamte Wirtschaft. Die Wirtschaftsinstitute weisen zunehmend darauf hin, dass Deutschland nicht nur unter einer konjunkturellen, sondern einer strukturellen Schwäche leidet. Deshalb sind jetzt auch strukturelle Änderungen notwendig. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder erhöhen, um mehr Wachstum für mehr Wohlstand zu erreichen. Dazu schlagen wir eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, u.a.:

- *Wir wollen das Unternehmertum fördern und die Bürokratie abbauen mit einem Belastungsmoratorium auf nationaler und europäischer Ebene. Wir schaffen eine „Gründerschutzzone“, in der Unternehmen in der Startphase von Bürokratie befreit werden. Wir wollen das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, den Abschluss von*

Freihandelsabkommen intensivieren und das Mercosur-Abkommen ratifizieren.

- *Die Unternehmenssteuerbelastung wollen wir senken, indem wir insbesondere die Steuern auf thesaurierte Gewinne schrittweise auf 25 Prozent senken sowie die Agrardieselrückvergütung für Land- und Forstwirte wieder einführen.*

- *Wir wollen Anreize für Beschäftigung und zur Arbeitsaufnahme stärken, indem wir die Überstundenzuschläge für Vollzeitbeschäftigte und die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei stellen und das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzen.*

- *Wir wollen Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen, u.a. mit einer neuen Energie-Agenda, die dafür sorgt, dass die Kosten der Energiewende deutlich sinken. Deutschland soll wieder international wettbewerbsfähig werden, seine industrielle Basis nicht weiter verlieren und gute Arbeitsplätze sichern.*

Die gute Nachricht der Woche Erfolgreiche und schöne Weihnachtsmärkte in meinem Wahlkreis

Zum Schönen und Besinnlichen in der vorweihnachtlichen Adventszeit gehören belebte Weihnachtsmärkte, Glühwein und Plätzchen für mich dazu. Ich habe mich sehr gefreut, in diesem Jahr viele Weihnachtsmärkte in meinem Wahlkreis besucht zu haben und ab morgen wieder besuchen zu können. •

